



Niederschrift

43. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. Oktober 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

Punkt 18 der Tagesordnung: Neufassung der Geschäftsordnung für die Tätigkeit des Gestaltungsbeirats

Vorlage: 2022/0101

Punkt 18.1 der Tagesordnung: Änderungsantrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2022/0101/1

Punkt 18.2 der Tagesordnung: Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2022/0101/2

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Planungsausschuss der Neufassung der Geschäftsordnung für die Tätigkeit des Gestaltungsbeirats zu und beschließt die Geschäftsordnung vom 27. September 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die Vorberatung im Planungsausschuss am 15. September 2022 vorberaten.

Abgesetzt oder als erledigt erklärt, nicht abgesetzt, sondern als erledigt erklärt, wurde 18.1, ein entsprechender Änderungsantrag der KAL/Die PARTEI. Weiter aufrechterhalten ist der Änderungsantrag der CDU, wobei der sich aus meiner Sicht auch eigentlich erledigt hat, aber das können Sie ja vielleicht noch ganz kurz zurufen. Ich würde den Herrn Fluhrer bitten, noch mal kurz auf die Aspekte einzugehen.

Bürgermeister Fluhrer: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie unseren Gestaltungsbeirat, der ja ein wesentliches Instrument der Förderung der Baukultur in dieser Stadt ist, auch mit diesem Beschluss, der heute ansteht, stärker in die Wahrnehmung unserer Bürgerschaft mit hineinnehmen. Es ist ja schön, wenn wir fachlich Diskurse führen, aber es ist wichtig, dass unsere Stadtgesellschaft partizipieren kann,

und um diese Frage ging es im Wesentlichen bei der Modifizierung. Das heißt, zum einen werden diese Beratungen, soweit nicht jemand nicht zustimmt, öffentlich sein. Die Bauherren können da auch diesen Diskurs sozusagen nicht-öffentlich weiter wünschen, aber wir schlagen vor, ihn grundsätzlich öffentlich zu führen, dass unsere Bürgerschaft und die interessierte Öffentlichkeit auch teilnehmen kann. Wir haben einige Details, Mitgliedschaftsverlängerungen von einzelnen Beiräten. Wir haben den Passus der CDU-Fraktion, die unseren Vorschlag, dass zunächst mal Stadträte und Vertreter teilnehmen können, erweitert, dass die Vertreter nicht nur aus diesem Gremium sein können, sondern von der Fraktion tatsächlich selbstbestimmt benannte Personen, wie die CDU es auch vorschlägt. Das würden wir im Prinzip in die dann auszufertigende Satzung mit hineinnehmen als Ergänzung. Das steht im Moment noch nicht drin. Wir haben noch sozusagen die alte Vorlage, wo dieser Passus noch nicht geändert wurde, aber Beschlussgrundlage wäre selbstverständlich die Übernahme, was wir zugesagt haben, diese Bitte.

Die Wünsche der KAL-Fraktion, auch insbesondere das Thema Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Energiebilanz einzubauen und es nicht nur sinngemäß als Gremium für Architekturdebatte zu sehen, sondern ein ganzheitlicher Auftritt für Städtebau, haben wir auch sehr gerne aufgenommen und würden auch in der Präambel noch mal aus dem Beirat selbst das Thema soziale Stadt und sogar Inklusion, also Beteiligung unserer benachteiligten Bevölkerung, mit aufnehmen, sodass sozusagen diesem Gedanken sogar aus dem Gremium selbst Rechnung getragen wird, dass ein ganzheitlicher Blick auf unsere baukulturellen Fragen geworfen werden kann. Deshalb würden wir, um die Formalien hier auch dann nicht kompliziert zu machen, in der Vorlage den Passus gerne streichen. Den letzten Halbsatz beschließt die Geschäftsordnung vom 27. September, das Datum ist sozusagen nur ein redaktionelles Thema, damit wir uns nicht auf irgendwas rekurrieren, was nachher drei Mal geändert wurde in der Diskussion. Das heißt, damit hätten wir all Ihre Intentionen auch tatsächlich umgesetzt und aufgenommen. Nicht in der Vorlage enthalten, aber das haben wir Ihnen ja auch zugesagt, in der Diskussion, ist, dass wir die öffentliche Sitzung dann auf die Nachmittage legen, sodass interessierte Bürger auch besser teilnehmen können. Das ist nicht Teil der Vorlage, aber auch das sagen wir Ihnen hiermit gerne zu. Insofern denken wir, sind alle Anträge auch in der Diskussion aufgenommen worden, und ich bedanke mich herzlich für diese konstruktive Begleitung auch bei diesem Vorhaben.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir bedanken uns auch dafür, dass die Verwaltung eben diese Wünsche aufgenommen hat, die auch von uns kamen, nicht nur von den Antragstellenden. Wir hatten eben noch auf die Vorlage gewartet.

Der Gestaltungsbeirat hat eine ganz wichtige Bedeutung, hat viele Projekte deutlich verbessert und das, obwohl am Anfang die Projektbeteiligten eher gedrängt werden mussten, da reinzugehen in den Gestaltungsbeirat, und anschließend sind viele dann doch sehr froh wieder rausgekommen, weil sie es auch eingesehen haben, dass es verbessert wurde. Dieses Problem liegt für uns daran, dass die Öffentlichkeit bisher eben ausgeschlossen war und der Gestaltungsbeirat weitgehend unbekannt ist in Karlsruhe, außer in Expertenkreisen. Vor zehn Jahren hatten wir deshalb schon den Antrag gestellt, dass mehr Öffentlichkeit stattfinden sollte. Das ist dann nicht so wirklich umgesetzt worden, obwohl in der Verwaltung durchaus auch zustimmende Stimmen zu hören waren. Deshalb freuen wir uns jetzt sehr, Herr Fluhrer, dass Sie das puschen wollen, dass mehr Sitzungen wirklich öffentlich stattfinden. In der Satzung ist es weiterhin möglich, auch nicht-öffentlich zu tagen, wenn die Projektverantwortlichen das wollen. Da kommt es eben darauf an, wie sehr die

Verwaltung dann auch darauf hinwirkt, auch durch Beratung einfach, dass es doch öffentlich sein sollte, denn das hebt die Bedeutung des Gestaltungsbeirats noch mal und macht den es Interessierten möglich, überhaupt daran teilzunehmen, auch wenn wir nicht erwarten, dass die Massen jetzt da hinkommen werden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die CDU-Fraktion kann zunächst mit der zugesagten Änderung leben, die noch vollzogen werden sollte - was auch ein bisschen ungewöhnlich ist, das hätte man eigentlich in der IT-Hauptstadt noch hinkriegen können, das wirklich reinzukriegen. Wir können aber damit leben und denken, dass es uneingeschränkt wichtig ist, dass hier nicht nur Fraktionsmitglieder in diesem sehr, sehr aufwendigen Gremium vertreten sein müssen. Trotzdem ist Veranlassung in drei oder genauer vier Punkten generell oder grundsätzlich zu diesem Gestaltungsbeirat etwas zu sagen. Ich meine, er hat sich zu einem Generalzuständigkeitsgremium entwickelt. Bisher ist das noch nicht missbraucht worden, aber wir werden da sehr genau achten, dass das nicht ausartet. Es ist auch nicht möglich, dass man den Gestaltungsbeirat sozusagen als Zwickel dafür nimmt, wenn man mit einem Bauherren nicht so richtig zurechtkommt. Ich gebe aber zu, es hat schon häufig sehr positive Ergebnisse gegeben und das haben auch die, ja, ich sage jetzt mal, malträtieren Bauherrinnen und Bauherren dann später so auch eingeräumt. Eines darf man aber nicht übersehen, und das wird gerne an die Seite gerückt. Dieser Gestaltungsbeirat führt zum Teil zu erheblichen Verfahrensverzögerungen. Wenn ich mir die schon normalen Planungsabläufe betrachte, und da sind wir wirklich hier in der Stadt leider Gottes kein rühmliches Licht, wenn ich mir die schon ansehe, und wenn ich dann als Betroffener in so ein Gremium muss, dann muss man verstehen, dass man zunächst mit Ressentiments in dieses Gremium reingeht. Dann ist man vielleicht auch nicht so begeistert, wenn man, wie der Herr Honné das empfiehlt, noch mit Verwaltungsdruck zur Öffentlichkeit genötigt wird. Das ist ein Verständnis von Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern, das mir jedenfalls, der CDU, fremd ist.

Stadtrat Zeh (SPD): Jeder Investor könnte einen Wettbewerb machen, und dann muss er nicht in den Gestaltungsbeirat. Also, das ist ja eigentlich die Ecke, wo wir noch viel mehr Ergebnisse haben, unterschiedliche Diskussionsformen, wo dann die Wettbewerbsergebnisse auch so von der Verwaltung anschließend begleitet werden bei der Umsetzung. Der Gestaltungsbeirat ist ja für die Projekte vorgesehen, wo der Investor von sich aus einen bestimmten Architekten oder eine Architektengruppe ins Boot nimmt und hier bei städtebaulich relevante Grundstücke in den Diskurs gegangen werden soll. Ich bin mal gespannt, wie wir das tatsächlich annehmen, auch die Öffentlichkeit zuzulassen. Ich gehe schon davon aus, dass davon einige sind, und das ist sicherlich gut, dass man jetzt sagt, in dieser Zeit, wo der Gestaltungsbeirat wirkt, tatsächlich mal die Geschäftsordnung auch ändert. Die Forderung, die aufgekommen ist, nicht nur Stadträte in das Gremium zu entsenden als Berater, ist vollkommen klar. Wir haben auch oft ein enges Zeitkorsett und teilweise sind ja die Gestaltungsbeiratssitzungen bis jetzt ganztägig gewesen, zuerst mit Rundfahrt und dann mit Diskussion. So viel Zeit kann sich nicht jeder ehrenamtliche Stadtrat einfach nehmen, wenn er nebenbei noch berufstätig ist. Die anderen Änderungsideen von der KAL, wie eben die Präambel Nachhaltigkeit aufzunehmen, ist ja auch durchgeführt worden. Die Architektenkammer ist über die fünf Gestaltungsbeiratsmitglieder vertreten. Ich hoffe, dass es dann auch ausreichend ist und so können wir der geänderten Geschäftsordnung auch gerne zustimmen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion ist zufrieden, wie doch unsere Anregungen, die wir ja in einem Antrag formuliert hatten, aufgenommen wurden, auch noch, wenn ich jetzt heute von Herrn Bürgermeister Fluhrer höre, dass zusätzliche Dinge, die aber in die richtige Richtung gehen, mitaufgenommen wurden. Das finden wir natürlich sehr begrüßenswert. Für uns als kleine Fraktion war es ganz, ganz wichtig, dass eben auch Nichtfraktionsmitglieder weiterhin im Gestaltungsbeirat vertreten sein dürfen, eben als Abgesandte, nenne ich es mal, der Fraktion, weil, und da hat natürlich der Herr Kollege Zeh absolut Recht, das kann im Grunde genommen keine Fraktion, egal wie groß sie ist, schaffen und die kleinen erst recht nicht.

Ich möchte noch mal für mich auf das goldene Kalb der Öffentlichkeit eingehen. Also, ich sehe das genauso wie mein Kollege Pfannkuch, der sagt oder der bemerkt hat, dass es ja für viele Bauherren schon eine gewisse Überwindung ist, sage ich mal, dass sie das „auf sich nehmen“ in Führungszeichen, in den Gestaltungsbeirat reinzugehen, sich dem stellen, den ganzen Fachleuten und dann auch noch der Politik. Das finden wir sehr gut, dass alle, die das machen, eben das so hinkriegen, aber ich denke auch, dass es noch mal eine Schwierigkeit ist, dann mit einer Öffentlichkeit. Wer weiß, was für eine Öffentlichkeit das ist, die meiner Ansicht nach dann doch sehr diffus sein kann, und man weiß überhaupt nicht als Bauherr, was einen da noch erwartet. Von daher finde ich es auch gut, dass Bauherren das ablehnen können in der Öffentlichkeit. Ich würde mich jedem auch dann sofort an dessen Seite stellen und sagen, wenn ihr das wollt, keine Öffentlichkeit, dann beantragt ihr das auch und dann bekommt ihr es auch. Denn ich glaube, mit der Öffentlichkeit, so wie sich das der Herr Kollege Honné vorstellt, glaube ich, ist das nicht hilfreich im Sinne der zukünftigen Immobilie.

Stadtrat Høyem (FDP): Meine Kollegen haben das meiste jetzt gesagt. Ich war ganz oft im Gestaltungsbeirat, es ist eigentlich eine neue Perspektive, eine Inspirationsquelle, und falls Herr Cramer das nicht schlecht aufnimmt, dann muss ich sagen, man sieht auch in den Mitarbeitern das Lächeln, wenn die mit anderen Architekten zusammen sind. Es ist eine Inspiration für uns. Da sind nicht nur Verwaltungskollegen rundum, hier kommen auch andere Leute mit anderen Perspektiven. Ich habe mich immer gefreut, wenn ich dort war. Alles mit Öffentlichkeit und nicht Mandatsträger, das ist alles okay, aber als Inspirationsquelle ist es wirklich spannend und das sieht man auch an unseren Mitarbeitern. Entschuldigung, Frau Dr. Karmann-Woessner.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Grundsätzlich stimmt die AfD-Fraktion zu, aber ich muss jetzt noch mal zu den einzelnen Änderungsanträgen nachfragen. Also, TOP 1 von dem Änderungsantrag von KAL/Die PARTEI war, die Aspekte Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Energie werden gleichwertig zu den Aspekten Gestaltung und Stadtbild in der Präambel der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirats festgeschrieben. Dem können wir nicht mitgehen. Wir sind einverstanden, wenn es festgeschrieben wird, aber der Gestaltungsbeirat hat sich primär um die Gestaltung und um das Stadtbild zu kümmern. Ich glaube, da sind wir uns auch einig, aber Sie haben ja auch dann in Ihrer Antwort dargestellt, welche Änderungen Sie vornehmen wollen und so, wie ich das sehe, ist es schon klar, dass Ressourcenverbrauch, Klimaschutz und Klimaanpassung, Energie und Mobilität da mit einer Rolle spielen, aber es muss nach wie vor klar sein, dass die Aufgabe des Gestaltungsbeirats eben die Gestaltung und das Stadtbild ist, dass wir auch weiterhin ein schönes stimmiges Stadtbild haben. Das, denke ich, muss oder denken wir als Fraktion, muss klar erkennbar sein.

Dann, Herr Fluhrer, vorhin, da war ich mir nicht so ganz sicher, was Sie jetzt eigentlich der CDU gesagt haben. Für uns ist wichtig, dass der Änderungsantrag der CDU wirklich eins zu eins übernommen wird, weil wir nämlich mit der Formulierung Stadträtinnen, Stadträte und deren Vertreter*innen ein Problem haben, weil das würde ja bedeuten, dass jeder Stadtrat seinen eigenen Vertreter schicken kann, aber wenn Sie zusagen, dass dieses Stück Text gestrichen wird zugunsten von der Formulierung, wie sie die CDU möchte, Stadträtinnen, Stadträte oder eine von der Fraktion selbstbestimmt ernannte Person, das heißt also als Stellvertreter nur eine Person pro Fraktion, wenn wir das so verstehen können, dann sind wir einverstanden.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Wir können der Veränderung nur glücklich zustimmen, weil Stadtgestaltung betrifft ja uns alle, wenn wir uns jeden Tag in der Stadt bewegen und natürlich auch von Entscheidungen, die da getroffen werden und hier auch jahrelang unser Stadtbild beeinflussen, natürlich eine Rolle spielen. Deswegen ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass die Öffentlichkeit eben auch eine Möglichkeit erhält, an diesen Diskussionen teilzuhaben. Ich meine, wir sehen ja in ganz vielen Bereichen, wo man jetzt auch eher denkt, okay, Verwaltungsratsgerichtsprozesse, wer nimmt sich da die Zeit, dem beizuwohnen wie es ja auch ganz viele Prozessbegleiterinnen und -begleiter gibt. In allen möglichen Bereichen gibt es einfach Menschen, die sich dafür interessieren und dann eben auch daran teilhaben wollen, und das ist, glaube ich, was ganz Wertvolles, hier auch diese Möglichkeit vor allem im Bereich Stadtplanung zu schaffen.

Ich kann auf jeden Fall auch der KAL danken für ihren Antrag, insbesondere auch die Themen um Nachhaltigkeit aufzunehmen, weil ich glaube, das sind ganz, ganz wichtige Diskussionen, die wir führen, weil da Begriffe auch vielleicht noch unscharf sind bzw. ganz viel Innovation passiert und das eben mit Expertinnen und Experten in so einem Gremium zu bringen, ist ganz spannend und vor allem eben auch diese Verbindung mit Ästhetik. Ist denn eine Fassade, auf die irgendwelche Styroporplatten geklebt sind, ist das Ästhetik, ist es das Ende der Nachhaltigkeit? Genau diese Diskussionen zu führen, auch über Photovoltaik-Anlagen und so weiter, wie können wir das nachhaltig und ästhetisch machen, sind, glaube ich, ganz, ganz wichtige und zukunftsweisende Diskussionen. Deswegen ist es, glaube ich, auch ganz zentral, dass da eben auch zu verankern, zumal wir ja auch wissen, was für einen Fußabdruck unser Bauen heute noch hat.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Ich würde das noch mal so zusammenfassen, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, vor allem, weil Sie danach gefragt haben. Dem Nicken von Herrn Bürgermeister Fluhrer, das interpretiere ich so, dass die Formulierung der CDU oder eine äquivalente Formulierung so aufgenommen wird. Wir können aber auch sagen, wir nehmen direkt die Formulierung so auf, das soll uns jetzt nicht kümmern. Ich würde den Punkt auch anknüpfend an Ihre Ausführungen, Frau Stadträtin Göttel, gerne noch mal erklären, dass wir in die Präambel diese Aspekte aufnehmen, aber als zusätzliche Aspekte, die berücksichtigt werden können. Ich würde nach wie vor das Primäre auf Gestaltung und Städtebau legen. Denn man sollte den Gestaltungsbeirat nicht mit Themen überfrachten, die an einer anderen Stelle gelöst werden müssen. Was nachhaltiges Bauen betrifft uns so, da müssen wir uns ja schon vom Baurecht, wir müssen uns vom Planungsrecht und so weiter mit diesen Themen auseinandersetzen. Beim Thema Gestaltungsbeirat bin sehr, sehr dankbar für die Diskussion, weil ich finde es sehr ungewöhnlich, dass Sie dem alle so zustimmen. Ich meine, wir haben zum einen gute Erfahrungen im Gestaltungsbeirat. Das ist wahrscheinlich der Grund dafür, aber man könnte ja auch sagen, das ist eigentlich ein

unzulässiger Eingriff in die Gestaltungsoption des Bauherren, aber Sie tragen hier im Grunde ein gemeinschaftliches Interesse nach einer guten Ästhetik und einer Wertigkeit des Stadtbildes mit und das, finde ich, ist in der Zeit der Individualisierung nicht unbedingt selbstverständlich. Deswegen schon mal herzlichen Dank für diese große Übereinstimmung, dass wir nicht nur einen Gestaltungsbeirat schon erfolgreich haben, sondern dass wir ihn mit einer neuen Geschäftsordnung jetzt auch mal ein Stückchen weiterentwickeln.

Genau, also, der Vorschlag für die Präambel wäre, und das kann ich Ihnen jetzt sogar vorlesen, sind Basis eines gemeinsamen Dialogs um die Bedeutung und die Qualität von guter Architektur und zukunftsweisendem Städtebau im Hinblick auf die Fragestellung soziale Stadt, Ressourcen, Verbrauch, Klimaschutz und Klimaanpassung, Energie und Inklusion, aber das Primat ist weiter Architektur und zukunftsweisender Städtebau. Genau und hier von der Formulierung des Vorschlags für den Passus, wo es um die anderen von der Fraktion selbstbestimmt benannten Personen geht, wird explizit so aufgenommen, wie es die CDU-Fraktion auch formuliert hat. Dann ist damit noch mal klar, über was Sie jetzt abstimmen.

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist einstimmige Zustimmung, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
8. November 2022